



**tirol**

77. Jahrgang / Jänner 2004

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

1. *Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004; Wahlwerbung*
2. *Neuerlassung von Flächenwidmungsplänen*
3. *Entsorgung von organischen Abfällen über die Kanalisation*
4. *Änderung des Wählerevidenzgesetzes 1973 und des Europa-Wählerevidenzgesetzes – Pauschalierung der Wahlkosten*
5. *Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden 2003*
6. *Erhebung über die Gemeindegebarung 2002 der Statistik Österreich: Bezirksübersichten und Landesübersicht*
7. *Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2000 bis 2002 Verbraucherpreisindex für November 2003 (vorläufiges Ergebnis)*

## 1.

### Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2004 – Wahlwerbung

Die **Tiroler Gemeindegewahlordnung 1994**, LGBL. Nr. 88, in der Fassung der Gesetze LGBL. Nr. 12/1995, 40/1995, 94/1995, 145/1998, 113/2001 und 33/2003 regelt in ihrem **4. Abschnitt die Wahlwerbung**; sie versteht darunter insbesondere die Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters, die Koppelung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates, die Überprüfung und die Behebung von Mängeln, die endgültige Prüfung und die Kundmachung der Wahlvorschläge unter Hinweis auf allfällige Koppelungen.

Hinsichtlich des passiven Wahlalters wird in Erinnerung gerufen, dass § 8 der Tiroler Gemeindegewahlordnung 1994 im Novemberlandtag 2003 insofern eine Änderung erfahren hat, als zum Gemeinderat alle wahlberechtigten Unionsbürger, zum Bürgermeister alle wahlberechtigten österreichischen Statsbürger, die spätestens am Wahltag, dem 7. März 2004, das 19. Lebensjahr vollendet haben, wählbar sind; mit der Kundmachung im LGBL. ist spätestens in der ersten Jännerhälfte 2004 zu rechnen.

Nähere **Regelungen zu den Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters** enthalten die §§ 35, 36, 38 und 39 bzw. 40 und 41.

Spätestens am 25. Jänner 2004 hat die Gemeinde-

wahlbehörde die Anzahl der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder sowie die Voraussetzungen für die Einbringung von Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters durch öffentlichen Anschlag kundzumachen. Da es sich um einen Sonntag handelt, sollte der öffentliche Anschlag noch am vorhergehenden Freitag als dem letzten Arbeitstag im Gemeindeamt angebracht werden.

**Wahlvorschläge** für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters können frühestens am Stichtag, dem 19. Dezember 2003 und **spätestens am Freitag, dem 13. Februar 2004, 17.00 Uhr**, schriftlich eingereicht werden. Tag und Uhrzeit des Einlangens sind auf dem Wahlvorschlag zu vermerken.

Der Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates hat zu enthalten:

- die Bezeichnung der Wählergruppe und eine allfällige Kurzbezeichnung;
- die Wahlwerberliste, in der, mit arabischen Ziffern gereiht, die Wahlwerber unter Angabe ihres Familien- und Vornamens, ihres Geburtsjahres, ihres Berufes und ihrer Adresse anzuführen sind – die Wahlwerberliste muss mindestens vier und darf höchstens doppelt so viele Wahlwerber enthalten, wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind;

- die Bezeichnung eines Zustellungsbevollmächtigten.

Der Wahlvorschlag muss von einer Anzahl von Wahlberechtigten, die mindestens 1 v. H. der Einwohnerzahl laut dem zuletzt kundgemachten endgültigen Ergebnis der Volkszählung (= Volkszählung 2001), aufgerundet auf die nächsthöhere ganze Zahl, beträgt, mindestens jedoch von acht Wahlberechtigten, unterfertigt sein.

Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Erklärung jedes Wahlwerbers anzuschließen, mit der Aufnahme in den Wahlvorschlag einverstanden zu sein (Zustim-

mungserklärung); die Zustimmungserklärung gilt gleichzeitig als Unterfertigung des Wahlvorschlages.

Dem Wahlvorschlag ist im Falle eines Unionsbürgers, der die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzt und noch keine fünf Jahre ununterbrochen in einer österreichischen Gemeinde den Hauptwohnsitz hat, die Erklärung anzuschließen, nach dem Recht seines Herkunftsmitgliedstaates nicht infolge einer strafrechtlichen Entscheidung des passiven Wahlrechtes verlustig gegangen zu sein.

### Muster eines Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates:

Wahl des Gemeinderates am 7. März 2004 in der Gemeinde .....

#### Wahlvorschlag nach § 35 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Bezeichnung der Wählergruppe:

.....

#### Wahlwerberliste:

1. .... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse) ....
  2. ....
  3. ....
  4. ....
  5. ....
- usw.

(mindestens vier Wahlwerber, höchstens doppelt so viele Wahlwerber als Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind)

#### Zustellungsbevollmächtigter:

.... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr und Adresse) ....

Der vorstehende Wahlvorschlag wird nach § 35 Abs. 4 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 von folgenden Wahlberechtigten unterstützt:

1. .... (Familien- und Vorname, Adresse) ..... (Unterschrift) .....
  2. ....
  3. ....
  4. ....
  5. ....
- usw.

(Unterfertigung von mindestens 1 % der Einwohnerzahl der Gemeinde, aufgerundet auf die nächsthöhere ganze Zahl, jedenfalls aber von acht Wahlberechtigten)

## Muster für eine Zustimmungserklärung für die Wahl des Gemeinderates:

Wahl des Gemeinderates am 7. März 2004 in der Gemeinde .....

### Zustimmungserklärung nach § 35 Abs. 5 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Ich ..... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse) ..... stimme der Aufnahme als Wahlwerber in den Wahlvorschlag der Wählergruppe „.....“ für die Wahl des Gemeinderates zu.

.....  
Datum und Unterschrift

## Muster für die Erklärung eines nichtösterreichischen Unionsbürgers, der noch keine fünf Jahre ununterbrochen in einer österreichischen Gemeinde den Hauptwohnsitz hat

Wahl des Gemeinderates am 7. März 2004 in der Gemeinde .....

### Erklärung nach § 35 Abs. 6 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994

Ich ..... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse) ..... bin Wahlwerber der Wählergruppe „.....“ für die Wahl des Gemeinderates und erkläre, Staatsangehöriger der/des ..... zu sein und nach dem Recht meines Herkunftsmitgliedstaates nicht infolge einer strafrechtlichen Entscheidung des passiven Wahlrechtes verlustig gegangen zu sein.

.....  
Datum und Unterschrift

Einen Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters darf nur eine Wählergruppe einbringen, die auch einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates einbringt (je einen Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters einzubringen, bleibt auch miteinander gekoppelten Wahlvorschlägen unbenommen); der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters ist gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates einzureichen. Eine Wählergruppe darf nur den in der Wahlwerberliste für die Wahl des Gemeinderates an der ersten Stelle gereihten Wahlwerber als Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters vorschlagen. Der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters hat zu enthalten:

- die Bezeichnung der Wählergruppe;
- den Familien- und Vornamen, das Geburtsdatum, den Beruf und die Adresse.

Der Wahlvorschlag muss von mehr als der Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages unterfertigt sein.

Dem Wahlvorschlag ist die schriftliche Erklärung des Wahlwerbers anzuschließen, mit der Aufnahme in den Wahlvorschlag einverstanden zu sein (Zustimmungserklärung); die Zustimmungserklärung gilt gleichzeitig als Unterfertigung des Wahlvorschlages.

Der Zustellungsbevollmächtigte einer Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates ist auch Zustellungsbevollmächtigter für den von dieser Wählergruppe eingebrachten Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters.

**Muster eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters:**

Wahl des Gemeinderates am 7. März 2004 in der Gemeinde .....

**Wahlvorschlag  
nach § 40 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**

Bezeichnung der Wählergruppe:

.....

Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters:

..... (Familien- und Vorname, Geburtsjahr, Beruf und Adresse) .....

Der vorstehende Wahlvorschlag wird nach § 40 Abs. 4 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 von folgenden Wahlwerbern unterstützt:

- 1. .... (Familien- und Vorname, Adresse) ..... (Unterschrift) .....
  - 2. ....
  - 3. ....
  - 4. ....
  - 5. ....
- usw.

(Unterfertigung von mindestens mehr als die Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der oben bezeichneten Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages)

**Muster für eine Zustimmungserklärung für die Wahl des Bürgermeisters:**

Wahl des Gemeinderates am 7. März 2004 in der Gemeinde .....

**Zustimmungserklärung  
nach § 40 Abs. 5 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**

Ich .....(Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Beruf und Adresse) ..... stimme der Aufnahme als Wahlwerber in den Wahlvorschlag der Wählergruppe „.....“ für die Wahl des Bürgermeisters zu.

.....  
Datum und Unterschrift

Der Zustellungsbevollmächtigte vertritt die Wählergruppe nach aussen. Fehlt in einem Wahlvorschlag die Bezeichnung eines Zustellbevollmächtigten, so gilt der erstgereichte Wahlwerber als solcher. Er sollte als Kontaktmann zur Gemeindewahlbehörde jederzeit und leicht erreichbar sein. Der Zustellungsbevollmächtigte kann abberufen und durch eine andere Person ersetzt

werden; eine entsprechende schriftliche Erklärung bedarf der Unterfertigung der Mehrheit der Personen, die den Wahlvorschlag der Wählergruppe für den Gemeinderat unterfertigt haben.

Der technische Vorgang der Vorlage und Entgegennahme eines Wahlvorschlages ist als Vorbereitungsakt für die in der Gemeindewahlbehörde als Kollegialorgan

durchzuführende Überprüfung und Entscheidung über die Wahlvorschläge zu sehen und obliegt dem Gemeindewahlleiter oder seinem Hilfspersonal (Gemeindeamt).

Die Gemeindewahlbehörde hat die bei ihr rechtzeitig eingelangten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters unverzüglich zu überprüfen, ob sie dem Gesetz entsprechen und ob die vorgeschlagenen Wahlwerber wählbar sind. Stellt die Gemeindewahlbehörde bei einem Wahlvorschlag Mängel fest, so hat sie den Zustellbevollmächtigten aufzufordern, die Mängel bis spätestens Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 17.00 Uhr, zu beheben.

Mit der Überreichung der Wahlvorschläge ist die Tätigkeit der Wählergruppen, die sich an der Wahlwerbung beteiligen, abgeschlossen; die Wählergruppen können in der Folge nur noch in den im Gesetz ausdrücklich bezeichneten Fällen bzw. über Auftrag der Gemeindewahlbehörde tätig werden.

Wird der Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates verspätet bzw. der Wahlvorschlag für die Wahl des Bürgermeisters nicht gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingereicht, enthält ein Wahlvorschlag keine Bezeichnung, enthält die Wahlwerberliste nicht mindestens vier Wahlwerber oder ist die für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschlagene Person nicht wählbar, so ist der Wahlvorschlag von der Gemeindewahlbehörde zurückzuweisen, enthält die Wahlwerberliste nicht wählbare Personen, so sind diese von der Gemeindewahlbehörde zu streichen (nicht behebbare Mängel).

Die Bezeichnung der Wählergruppen darf keinen Anlass zur Verwechslung geben; es ist dabei ein strenger Maßstab anzulegen, da die Bezeichnung der Wählergruppen bei der Bildung des Wählerwillens eine maßgebliche Rolle spielt. Wann Bezeichnungen miteinander verwechselt werden können, ist von der Gemeindewahlbehörde im Einzelfall zu beurteilen. Die Beurteilung der Unterscheidbarkeit hat sich nicht nur auf das Gesamtbild der Bezeichnung, sondern auch auf die einzelnen Worte und ihre Wirkung im Gesamtbild der Bezeichnung zu beziehen. Die Unterscheidbarkeit der Bezeichnung der Wählergruppen muss auch bei der Kurzbezeichnung gegeben sein. So wurde beispielsweise „Kommunistische Partei Österreichs KPÖ“ und „Kommunistischer Bund Österreichs KB“ als verwechselbar angesehen. Bei gleichen oder schwer unterscheidbaren Bezeichnungen zweier oder mehrerer Wahlvorschläge,

ist folgenderweise vorzugehen: vorerst hat der Gemeindewahlleiter die Zustellbevollmächtigten zu einer gemeinsamen Besprechung zu laden und ein Einvernehmen über die Unterscheidung der Bezeichnungen anzubahnen. Kommt kein Einvernehmen zustande, so hat die Gemeindewahlbehörde diese Wählergruppen insbesondere durch das Beisetzen von Buchstaben oder der Namen der erstgenannten Wahlwerber unterscheidbar zu bezeichnen; die Änderung der Bezeichnung einer Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates, ist auch für die Wahl des Bürgermeisters zu berücksichtigen.

Aus Gründen der Identifikation der Wahlwerber kommt der zutreffenden Wiedergabe von Namen, Geburtsjahr bzw. Geburtsdatum, Beruf und Adresse besondere Bedeutung zu. Es ist der gegenwärtig ausgeübte Beruf anzuführen. Das Anführen einer Funktion (Bürgermeister, Ortsbauernobmann) kann die Angabe des Berufes nicht ersetzen; eine Funktion kann nur neben dem Beruf angeführt werden.

Der Wahlvorschlag selbst ist von der entsprechenden Anzahl von Wahlberechtigten zu unterfertigen; anders als bei Wahlen in den Nationalrat und den Landtag ist eine Ausfüllung von Unterstützungserklärungen, die dem Wahlvorschlag anzuschließen wären, nicht vorgesehen. Im Hinblick auf den Grundsatz des persönlichen Wahlrechtes kann ein Wahlvorschlag nur persönlich unterfertigt werden. Die Gemeindewahlbehörde ist verpflichtet, die Echtheit der Unterschriften zu überprüfen. Die Unterschriften der einen Wahlvorschlag unterstützenden Personen fallen nicht unter das Amtsgeheimnis; der Grundsatz des geheimen Wahlrechtes bezieht sich nur auf die Stimmenabgabe, nicht jedoch auf die Wahlwerbung, die ihrem Wesen nach öffentlich ist. Dafür spricht, dass die Wählergruppen zur Wahrung der Gesetzmäßigkeit der Durchführung der Wahl Anspruch darauf haben, die unterstützenden Personen zu kennen. Eine Geheimhaltung wäre auch praktisch nicht möglich, weil die – keiner Verschwiegenheitspflicht unterworfenen – später Unterfertigenden die Namen derer lesen können, die vor ihnen unterfertigt haben.

Die Zustimmungserklärung eines Wahlwerbers für die Aufnahme in einen Wahlvorschlag kann nur persönlich abgegeben werden. Wer für die Wahl des Bürgermeisters vorgeschlagen wird, hat als Wahlwerber für die Wahl des Gemeinderates und als Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters je eine Zustimmungserklärung abzugeben.

Ein Wahlwerber, der auf zwei oder mehreren Wahlvorschlägen enthalten ist, ist von der Gemeindewahlbe-

hörde aufzufordern, sich schriftlich für einen Wahlvorschlag zu entscheiden; auf allen anderen Wahlvorschlägen ist er zu streichen. Entscheidet er sich nicht bis zum Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 17.00 Uhr, so wird er nur auf dem ersten bei der Gemeindewahlbehörde eingebrachten Wahlvorschlag (bei gleichzeitig eingebrachten Wahlvorschlägen entscheidet darüber das Los, das das jüngste Mitglied der Gemeindewahlbehörde zu ziehen hat) belassen. Unterfertigungen gelten nur noch zugunsten des Wahlvorschlages als erfolgt, auf dem der Wahlwerber belassen wird; solche Unterfertigungen sind jene zur Unterstützung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters oder einer Koppelungserklärung.

Hat ein Wahlberechtigter zwei oder mehrere Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates unterfertigt, so ist seine Unterfertigung nur für den ersten eingebrachten Wahlvorschlag (bei gleichzeitig eingebrachten Wahlvorschlägen entscheidet darüber das Los, das das jüngste Mitglied der Gemeindewahlbehörde zu ziehen hat) als gültig anzuerkennen; die Unterfertigungen für die anderen Wahlvorschläge gelten als nicht beigelegt.

Eine Wählergruppe kann ihren Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates bzw. für die Wahl des Bürgermeisters spätestens bis Freitag, den 20. Februar 2004, 17.00 Uhr, zurückziehen; die schriftlich zu erklärende Zurückziehung des Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates muss von mehr als der Hälfte der Personen, die den Wahlvorschlag unterfertigt haben bzw. deren Zustimmungserklärung als Unterfertigung gilt, mindestens jedoch von fünf Personen, die schriftlich zu erklärende Zurückziehung des Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters muss von der Mehrheit der Personen, die diesen Wahlvorschlag unterfertigt haben, unterfertigt sein.

Ein Wahlwerber kann bis spätestens Dienstag, den 24. Februar 2004, 17.00 Uhr, seine Zustimmungserklärung zurückziehen; die Zurückziehung ist der Gemeindewahlbehörde schriftlich zu erklären. Sonstige Unterfertigungen für den Wahlvorschlag bleiben durch die Zurückziehung unberührt; solche Unterfertigungen sind jene zur Unterstützung eines Wahlvorschlages für die Wahl des Bürgermeisters oder einer Koppelungserklärung. Die Gemeindewahlbehörde hat den Zustellungsbevollmächtigten der Wählergruppe des betreffenden Wahlwerbers unverzüglich zu verständigen; damit wird einer Wählergruppe die Namhaftmachung eines neuen Wahlwerbers ermöglicht.

Zieht ein Wahlwerber für die Wahl des Gemeinderates seine Zustimmungserklärung zurück, stirbt er oder verliert er – etwa weil er seinen Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt – seine Wählbarkeit, so kann die Wählergruppe ihre Wahlwerberliste durch die Nennung eines anderen Wahlwerbers ergänzen; der neue Wahlwerber ist in der Wahlwerberliste an der Stelle des ausgeschiedenen Wahlwerbers oder im Anschluss an den letzten Wahlwerber zu reihen. Ein solcher Ersatz- oder Ergänzungsvorschlag, der der Unterschrift des Zustellungsbevollmächtigten und der Zustimmungserklärung des neuen Wahlwerbers bedarf, ist spätestens am Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 17.00 Uhr bei der Gemeindewahlbehörde einzubringen.

Zieht ein Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters seine Zustimmungserklärung zurück, stirbt er oder verliert er – etwa weil er seinen Hauptwohnsitz in eine andere Gemeinde verlegt – seine Wählbarkeit, so kann die Wählergruppe des betreffenden Wahlwerbers durch eine vom Zustellungsbevollmächtigten unterschriebene Erklärung die Wahlwerberliste ihres Wahlvorschlages für die Wahl des Gemeinderates durch Reihung eines Wahlwerbers der Wahlwerberliste an die erste Stelle ändern und den solcherart an die erste Stelle gereihten Wahlwerber als neuen Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters vorschlagen; ein solcher Vorschlag, der von mehr als der Hälfte der Wahlwerber aus der Wahlwerberliste des von der Wählergruppe für die Wahl des Gemeinderates eingebrachten Wahlvorschlages unterfertigt sein muss, und der Zustimmungserklärung des neuen Wahlwerbers bedarf, ist spätestens am Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 17.00 Uhr bei der Gemeindewahlbehörde einzubringen.

Besondere Regelungen gelten für den Fall, dass ein Wahlwerber für die Wahl des Bürgermeisters nach Ablauf des elften Tages vor dem Wahltag stirbt.

Eine einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates unterstützende Unterschrift kann ein Wahlberechtigter spätestens am Freitag, dem 20. Februar 2004, 17.00 Uhr, durch eine schriftliche Erklärung an die Gemeindewahlbehörde nur noch dann zurückziehen, wenn der Unterzeichner glaubhaft macht, dass er durch einen wesentlichen Irrtum, durch arglistige Täuschung oder durch Drohung zur Unterfertigung veranlasst worden ist; glaubhaft machen bedeutet, der Gemeindewahlbehörde die Überzeugung von der Wahrscheinlichkeit bestimmter Tatsachenbehauptungen zu vermitteln. Eine bloße Behauptung des Wahlberechtigten, der seine

Unterschrift wieder zurückziehen will, dass „die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zurückziehung gegeben seien“, genügt nicht. Ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zurückziehung einer Unterschrift gegeben sind, ist von der Gemeindewahlbehörde zu klären.

Nähere Regelungen über die Koppelung von Wahlvorschlägen enthält § 37 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994.

Wählergruppen können ihre Wahlvorschläge für die

Wahl des Gemeinderates koppeln. Sollen mehr als zwei Wahlvorschläge miteinander gekoppelt werden, so muss jeder Wahlvorschlag mit jedem von ihnen gekoppelt werden.

Die Koppelung ist von den Wählergruppen spätestens am Freitag, dem 20. Februar 2004, 17.00 Uhr, schriftlich bei der Gemeindewahlbehörde zu erklären. Die Koppelungserklärung muss jeweils von mehr als der Hälfte der Wahlwerber der einzelnen zu koppelnden Wahlvorschläge unterfertigt sein.

**Muster für eine Koppelungserklärung:**

Wahl des Gemeinderates am 7. März 2004 in der Gemeinde .....

**Koppelungserklärung  
nach § 37 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994**

Die Wählergruppen

- A ..... (Bezeichnung der Wählergruppe) .....
- B .....
- C .....
- usw.

erklären hiemit, dass sie ihre Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates nach § 37 der Tiroler Gemeindewahlordnung 1994 miteinander koppeln.

Für A:

- 1. .... (Familien- und Vorname, Adresse) ..... (Unterschrift) .....
- 2. ....
- 3. ....
- 4. ....
- 5. ....
- usw.

Für B:

- 1. .... (Familien- und Vorname, Adresse) ..... (Unterschrift) .....
- 2. ....
- 3. ....
- 4. ....
- 5. ....
- usw.

Für C:

- 1. .... (Familien- und Vorname, Adresse) ..... (Unterschrift) .....
- 2. ....
- 3. ....
- 4. ....
- 5. ....
- usw.

(Unterfertigung von jeweils mehr als der Hälfte der Wahlwerber der einzelnen zu koppelnden Wahlvorschläge)

Der technische Vorgang der Vorlage und Entgegennahme einer Koppelungserklärung ist als Vorbereitungsakt für die in der Gemeindevahlbehörde als Kollegialorgan durchzuführende Überprüfung und Entscheidung über die Koppelungserklärungen zu sehen und obliegt dem Gemeindevahlleiter oder seinem Hilfspersonal (Gemeindeamt). Die Gemeindevahlbehörde hat die bei ihr rechtzeitig eingelangten Koppelungserklärungen unverzüglich zu überprüfen, ob sie dem Gesetz entsprechen. Stellt die Gemeindevahlbehörde bei einer Koppelungserklärung Mängel (wie das Fehlen der erforderlichen Anzahl von Unterschriften) fest, so hat sie den Zustellbevollmächtigten aufzufordern, die Mängel bis spätestens Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 17.00 Uhr, zu beheben.

Wird eine Koppelungserklärung verspätet eingereicht, so ist sie von der Gemeindevahlbehörde zurückzuweisen (nicht behebbarer Mangel).

Die Koppelungserklärung wird gegenstandslos, wenn eine Wählergruppe der gekoppelten Wahlvorschläge die Auflösung der Koppelung bis spätestens Donnerstag, dem 26. Februar 2004, 17.00 Uhr, schriftlich bei der Gemeindevahlbehörde erklärt; die Auflösungserklärung muss von mehr als der Hälfte der Wahlwerber dieser Wählergruppe unterfertigt sein. Sind mehr als zwei Wahlvorschläge miteinander gekoppelt, so bewirkt die Auflösung der Koppelung auch nur mit einem der gekoppelten Wahlvorschläge auch die Auflösung der Koppelung mit den übrigen gekoppelten Wahlvorschlägen. Sind beispielsweise die Wahlvorschläge der Wählergruppen A, B, C, D und E miteinander gekoppelt und will C nicht mehr die Koppelung ihres Wahlvorschlages mit jenem von D, so bewirkt der Widerruf dieser Koppelung, dass der Wahlvorschlag von C weder mit jenem von D noch mit jenen von A, B und E gekoppelt bleibt; gekoppelt sind demnach nur mehr die Wahlvorschläge der Wählergruppen A, B, D und E. Im Übrigen kann die Koppelungserklärung während der folgenden Funktionsperiode des Gemeinderates keine Auflösung oder Änderung mehr erfahren.

Nähere **Regelungen über die endgültige Prüfung der Wahlvorschläge und Koppelungserklärungen** enthalten die §§ 43 und 44 der Tiroler Gemeindevahlordnung 1994.

Am **Freitag, dem 27. Februar 2004**, hat die Gemeindevahlbehörde zur endgültigen Prüfung der Wahlvorschläge und Koppelungserklärungen zusammenzutreten. In dieser Sitzung hat sie **über die Zulässigkeit und**

**die Reihung der bei ihr eingebrachten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters und über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen** zu entscheiden.

Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates, die verspätet eingebracht wurden, keine Bezeichnung der Wählergruppe enthalten, nicht die Mindestanzahl an Wahlwerbern enthalten oder nicht von der Mindestanzahl an Wahlberechtigten unterfertigt sind, und Wahlvorschläge für die Wahl des Bürgermeisters, die nicht gleichzeitig mit dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates eingebracht wurden, deren Wahlwerber nicht wählbar ist, auf dem Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates nicht als erstgereihter Wahlwerber aufscheint oder dessen Wahlvorschlag für den Gemeinderat zurückzuweisen ist, der Wahlvorschlag nicht die Bezeichnung der Wählergruppe enthält, der Wahlwerber nicht hinsichtlich Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Beruf und Adresse genau bezeichnet ist, der Wahlvorschlag nicht von der Mindestanzahl an Wahlwerbern unterfertigt ist oder die Zustimmungserklärung fehlt, sind zurückzuweisen.

Auf Wahlvorschlägen für die Wahl des Gemeinderates sind, soweit in der Wahlwerberliste nicht wählbare Personen enthalten sind, von Wahlwerbern die Zustimmungserklärung fehlt, von Unionsbürgern die Erklärung über das passive Wahlrecht im Herkunftsmitgliedstaat nicht oder nicht vollständig vorliegt, Wahlwerber nicht hinsichtlich Familien- und Vorname, Geburtsdatum, Beruf und Adresse genau bezeichnet, nicht klar gereiht oder über die höchstzulässige Anzahl hinaus enthalten sind, die ungültigen Eintragungen zu streichen.

Koppelungserklärungen, die nicht von der erforderlichen Anzahl von Wahlwerbern unterfertigt sind, sind zurückzuweisen.

Die Reihung der Wahlvorschläge der Wählergruppen, die im zuletzt gewählten Gemeinderat vertreten sind, hat sich nach der Anzahl der bei der letzten Gemeinderatswahl erhaltenen Mandate, bei gleicher Anzahl an Mandaten nach der bei der letzten Gemeinderatswahl erhaltenen Stimmen, bei gleicher Anzahl an Stimmen nach dem über die Reihung vom jüngsten Mitglied des Gemeinderates zu ziehenden Los zu richten.

Als im zuletzt gewählten Gemeinderat vertreten gilt eine Wählergruppe, wenn ihre Bezeichnung zumindest im Kern gegenüber der bisherigen unverändert geblieben ist. So tritt beispielsweise eine 1998 angetretene Wählergruppe „Gemeinschaftsliste ÖVP“ 2004 als



„Gemeinschaftsliste ÖVP Bürgermeister XY“ an. Bei der Klärung der Identität zwischen einer Gemeinderatspartei und einer Wählergruppe wird es daher nicht auf die sie unterstützenden Personen, auf die Wahlwerber, den Spitzenkandidaten udgl., auch nicht auf eine Jahreszahl udgl. untergeordnete Teile in der Bezeichnung ankommen können. Eher werden politisch erhebliche Aussagen in der Bezeichnung, wie die Anführung einer politischen Partei, Gliederung einer politischen Partei oder politischen Richtung, von Bedeutung sein. Ob eine Wählergruppe im zuletzt gewählten Gemeinderat vertreten war, entscheidet letztlich die Gemeindegewahlbehörde.

Tragen zwei oder mehrere Wählergruppen die Bezeichnung einer im zuletzt gewählten Gemeinderat vertretenen Gemeinderatspartei, so ist – unbeschadet der bereits oben beschriebenen Maßnahmen zur Unverwechselbarkeit der Bezeichnungen der Wählergruppen – an der dieser Gemeinderatspartei zukommenden Stelle jene der neuen Wählergruppen zu reihen, für die eine Erklärung der Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderates dieser Gemeinderatspartei vorliegt, dass diese Wählergruppe ihre Nachfolgerin ist. So treten beispielsweise nach einer 1998 angetretenen „Allgemeinen Liste“ 2004 eine „Allgemeine Liste Bürgermeister MN“ und eine „Allgemeine Liste OP“ an. Von den acht Mitgliedern der Gemeinderatspartei „Allgemeine Liste“ geben sechs die schriftliche Erklärung ab, die Wählergruppe „Allgemeine Liste OP“ sei ihre Nachfolgerin. Eine solche Erklärung ist bis spätestens Donnerstag, den 26. Februar 2004, 17.00 Uhr, schriftlich an die Gemeindegewahlbehörde abzugeben.

Im Anschluss an diese Wahlvorschläge sind die Wahlvorschläge der übrigen Wählergruppen zu reihen, wobei sich ihre Reihung nach dem Zeitpunkt der Einbringung des Wahlvorschlages richtet. Bei gleichzeitig eingebrachten Wahlvorschlägen entscheidet über die Reihung das vom jüngsten Mitglied der Gemeindegewahlbehörde zu ziehende Los. Gleichzeitig eingebracht sind die Wahlvorschläge dann, wenn zwei oder mehrere Vertreter von Wählergruppen gleichzeitig zur Überreichung der Wahlvorschläge eintreffen und anwesend sind, ohne dass es hier eine Rolle spielt, welchem von ihnen es als erstem gelingt, die Wahlvorschläge tatsächlich auszuhandigen.

Hinsichtlich Mitwirkung der Mitglieder der Gemeindegewahlbehörde, die in der Regel Zustellungsbevollmächtigte oder Wahlwerber einer Wählergruppe sind, wird im Gesetz ausdrücklich festgehalten, dass sie

auch bei der Entscheidung über den eigenen Wahlvorschlag als Beisitzer (Ersatzmitglieder) das Stimmrecht bzw. als Gemeindegewahlleiter (Stellvertreter) das Dirimierungsrecht behalten. Gerade deshalb kommt der Führung der Niederschrift über diese Sitzung besondere Bedeutung zu. Die Niederschrift hat in nachvollziehbarer Weise zu enthalten: den Namen der Gemeindegewahlbehörde, Ort, Zeit und Gegenstand der Sitzung, die Namen des Gemeindegewahlleiters (Stellvertreters) und der Beisitzer (Ersatzmitglieder), die Namen der Vertrauenspersonen, die Bezeichnung der einzelnen Wahlvorschläge mit Datum und Uhrzeit des Einlangens, die Entscheidung über die Zulässigkeit und Reihung der Wahlvorschläge mit ihren Gründen und mit dem Abstimmungsergebnis, die Entscheidung über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen mit ihren Gründen und mit dem Abstimmungsergebnis. Die Niederschrift ist zumindest vom Gemeindegewahlleiter (Stellvertreter) zu unterschreiben.

Die Entscheidung der Gemeindegewahlbehörde über die Zulässigkeit und die Reihung der bei ihr eingebrachten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters und über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen ist dem Zustellbevollmächtigten der betreffenden Wählergruppe lediglich bekanntzugeben.

Die Entscheidung der Gemeindegewahlbehörde über die Zulässigkeit und die Reihung der bei ihr eingebrachten Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und des Bürgermeisters und über die Gültigkeit der Koppelungserklärungen kann erst innerhalb von vier Wochen nach Beendigung des Wahlverfahrens im Wege einer Wahlanfechtung wegen behaupteter Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens beim Verfassungsgerichtshof angefochten werden. Anfechtungslegitimiert sind einerseits die Wählergruppe durch ihren Zustellungsbevollmächtigten und andererseits ein einzelner Wahlwerber, der behauptet, dass ihm die Wählbarkeit im Wahlverfahren rechtswidrig aberkannt wurde.

Nähere **Regelungen über die Kundmachung der Wahlvorschläge und Koppelungen** enthält schließlich § 45 der Tiroler Gemeindegewahlordnung 1994.

Spätestens am **Samstag, dem 28. Februar 2004**, hat die **Gemeindegewahlbehörde die Wahlvorschläge und die Koppelungen kundzumachen**.

In der Kundmachung sind vorerst die Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates anzuführen. Auf allfällige Koppelungen von Wahlvorschlägen ist hinzuweisen.

Der Wahlvorschlag einer Wählergruppe für die Wahl des Bürgermeisters ist jeweils im Anschluss an ihren Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates kundzumachen.

Das Gesetz enthält keine Aussage über die Dauer der Kundmachung. Die Kundmachung hat jedenfalls bis

zum Ablauf der Wahlzeit in der Gemeinde zu erfolgen.

Die Reihung der Wahlvorschläge für die Wahl des Gemeinderates und für die Wahl des Bürgermeisters in der Kundmachung gilt auch für die Reihung auf den amtlichen Stimmzetteln. Auch auf den Stimmzetteln ist auf allfällige Koppelungen hinzuweisen.

## 2.

### Neuerlassung von Flächenwidmungsplänen

Da bei vielen Gemeinden das örtliche Raumordnungskonzept bereits seit geraumer Zeit in Kraft steht, wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinden gemäß § 107 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2001 – TROG 2001, LGBL. Nr. 93, innerhalb von zwei Jahren nach dem In-Kraft-Treten des örtlichen Raumordnungskonzeptes den Flächenwidmungsplan neu zu erlassen haben.

Hinzu kommt, dass die Europäische Union im Jahr 2001 die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie) beschlossen hat. Die Umsetzung dieser Richtlinie in innerstaatliches Recht hat bis zum 21. Juli 2004 zu erfolgen. Derzeit laufen die Vorbereitungsarbeiten beim Amt der Tiroler Landesregierung zur Erlassung der erforderlichen gesetzlichen Regelungen. Sollten diese nicht fristgerecht in Kraft treten können, wird die Richtlinie höchstwahrscheinlich von den für Raumordnungsangelegenheiten zuständigen Behörden (Landesregierung und Gemeinderat) unmittelbar anzuwenden sein.

Wenn auch derzeit der genaue Anwendungsbereich der Richtlinie noch nicht endgültig fixiert wurde, so ist doch davon auszugehen, dass die Neuerlassung von Flächenwidmungsplänen einer strategischen Umweltprüfung zu unterziehen sein wird.

In diesem Zusammenhang wesentlich ist, dass die SUP-Richtlinie gemäß Art. 13 Abs. 3 nur auf Planungen anzuwenden ist, deren erster förmlicher Vorbereitungsakt nach dem 21. Juli 2004 erfolgt. Wird der erste Auflagebeschluss für den neuen Gesamtflächenwidmungsplan vom Gemeinderat vor diesem Zeitpunkt gefasst, ist die strategische Umweltprüfung nur dann durchzuführen, wenn der endgültige Beschluss des Planes nicht bis spätestens 24 Monate danach erfolgt.

Es wird gebeten diese rechtlichen Rahmenbedingungen bei den Terminplanungen für das Jahr 2004 zu berücksichtigen.

Abteilung Bau- und Raumordnungsrecht  
Zahl Ve1-2-001/30 vom 4. Dezember 2003

## 3.

### Entsorgung von organischen Abfällen über die Kanalisation

Laut einer Anfrage vom 17. November 2003 wurde ein Produkt für die Entsorgung von biogenen/organischen Abfällen angeboten. Die Behandlung der organischen/biogenen Abfälle (Küchenabfälle) erfolgt dahingehend, dass diese zerkleinert werden und ihnen in weiterer Folge die Flüssigkeit entzogen wird.

Die auf diese Weise entzogene Flüssigkeit wird in die Kanalisation eingebracht. Solche Geräte können daher im Bereich von Waschbecken etc. angebracht/installiert werden.

In der Anfrage wurde um Auskunft ersucht, welche Genehmigungen für die Einleitung solcher Abwässer erforderlich sind.

#### Rechtliche Überlegungen:

##### Wasserrecht:

Die Indirekteinleiterverordnung (IEV), BGBl. II Nr. 222/1998, gilt für die Einleitung von Abwasser, dessen Beschaffenheit mehr als geringfügig von der des häuslichen Abwassers abweicht, in die wasserrechtlich bewilligte Kanalisation eines anderen (§ 1 Abs. 1 erster Satz IEV).

Den Begriff „Abwasser“ definiert § 1 Abs. 3 Zif. 2 IEV. Danach handelt es sich bei Abwasser um Wasser, das in Folge der Verwendung in Prozessen der Aufbereitung, Veredelung, Weiterverarbeitung, Produktion, Verwertung, Konsumation oder Dienstleistung sowie in Kühl-,

Lösch-, Reinigungs-, Desinfektions- oder sonstigen nicht natürlichen Prozessen in seiner Beschaffenheit derart verändert wird, dass es Gewässer in ihrer Beschaffenheit zu beeinträchtigen oder zu schädigen vermag.

Diese Definition entspricht jener des § 1 Abs. 3 der Allgemeinen Abwasseremissionsverordnung (AAEV), BGBl. Nr. 186/1996.

Das bereits beschriebene Gerät dient dazu, Küchenabfälle zu zerkleinern und ihnen die Flüssigkeit zu entziehen. Diese Flüssigkeit soll dann über die Kanalisation entsorgt werden.

Ausgehend von der Definition des Begriffes „Abwasser“ der IEV sowie der AAEV ist die den organischen Abfällen entzogene Flüssigkeit **nicht** als Abwasser zu qualifizieren. Bei Abwasser handelt es sich nach dem eindeutigen Wortlaut der zitierten Bestimmungen um **Wasser, das aufgrund verschiedener Prozesse in seiner Beschaffenheit verändert wurde. Flüssigkeiten, die beim Zerkleinern und Verpressen von organischen Abfällen anfallen, sind kein Wasser, das im Zuge einer Aufbereitungstätigkeit in seiner Beschaffenheit verändert wird.** Die Einleitung dieses flüssigen Abfalls in Kanalisation oder Gewässer ist nicht zulässig.

#### Abfallrecht:

Unbestritten ist, dass mit dem gegenständlichen Gerät die Zerkleinerung und Verpressung von organischen Abfällen beabsichtigt ist. Eine Auseinandersetzung mit dem Abfallbegriff des § 2 Abs. 1 Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (AWG 2002), BGBl. I Nr. 102/2002, erübrigt sich daher.

Die beim Pressvorgang entstehenden Flüssigkeiten sind ebenfalls als Abfall im Sinne des § 2 Abs. 1 AWG 2002 zu qualifizieren, da sie kein Abwasser darstellen. Damit ist der Ausnahmetatbestand des § 3 Abs. 1 Z. 1 AWG 2002, wonach für Abwasserinhaltsstoffe, die zufolge Einleitung in Gewässer oder in die Kanalisation wasserrechtlichen Vorschriften unterliegen, des AWG 2002 nicht gilt, **nicht** anzuwenden.

Küchenabfälle zählen zu den biogenen Abfällen im Sinne des § 1 Z. 1 und 2 der Verordnung über die Sammlung biogener Abfälle, BGBl. Nr. 68/1992, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 456/1994. Sofern diese nicht im unmittelbaren Bereich des Haushaltes oder der Betriebsstätte **verwertet** werden, sind sie für eine getrennte Sammlung bereitzustellen oder zu einer dafür vorgesehenen Sammelstelle zu bringen.

Unter dem Blickwinkel landesrechtlicher Bestimmungen sind Küchenabfälle als kompostierfähige Abfälle im Sinne des § 5 Abs. 1 lit. a und b Tiroler Abfallwirtschaftskonzept (TAWK), LGBL. Nr. 1/1993, zuletzt

geändert durch LGBL. Nr. 13/2000, zu qualifizieren. Eine Zusammenschau der Bestimmungen des 3. Abschnittes des Tiroler Abfallwirtschaftsgesetzes (TAWG), LGBL. Nr. 50/1990, zuletzt geändert durch LGBL. Nr. 44/2003, ergibt, dass biogene Abfälle für eine getrennte Sammlung bereit zu stellen sind. Dies gilt nur dann nicht, wenn sie auf dem Grundstück des Inhabers der Abfälle **kompostiert** werden (ähnlich auch die Regelung des § 5 Abs. 3 TAWK).

Eine Verwertung von Küchenabfällen ist daher nur dann anzunehmen, wenn eine Kompostierung oder ein sonstiges biologisches Umwandlungsverfahren stattfindet (vgl. Anhang 2 Teil 1 zum AWG 2002). Das bloße Zerkleinern und Verpressen von organischen Abfällen stellt dem gegenüber **keine** zulässige Verwertung dar und widerspricht somit § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Sammlung biogener Abfälle sowie den einschlägigen Bestimmungen des TAWG und TAWK.

Gemäß § 15 AWG 2002 sind Abfälle vom Abfallbesitzer einem zur Sammlung oder Behandlung Berechtigten rechtzeitig zu übergeben, sofern er nicht zu entsprechender Behandlung berechtigt oder im Stande ist. Wie den vorausgegangenen Erläuterungen zu entnehmen ist, stellt **lediglich die Kompostierung** von Küchenabfällen eine **zulässige Verwertung** im unmittelbaren Bereich des Haushaltes oder der Betriebsstätte dar. Dies ist beim Zerkleinern und Verpressen mit dem einzigen Zweck, das Volumen des Abfalls zu verringern und die dabei anfallenden Flüssigkeiten über die Kanalisation zu entsorgen, nicht der Fall. Ein solches Vorgehen widerspricht daher auch § 15 Abs. 5 AWG 2002.

Der Einsatz des in der Frage beschriebenen Gerätes stellt eine Übertretung verschiedenster abfallrechtlicher Normen dar. Es kommen folgende Verwaltungsstrafatbestände in Betracht:

- § 79 Abs. 2 Z. 4 AWG 2002 (Verstoß gegen § 15 Abs. 5 AWG 2002);
- Verwaltungsübertretung gemäß § 79 Abs. 2 Z. 1 AWG 2002 (Verstoß gegen die Trennpflicht gemäß § 2 der Verordnung über die Sammlung biogener Abfälle [Geldstrafe von EUR 360,- bis EUR 7.270,-]);
- Verwaltungsübertretung gemäß § 27 Abs. 2 lit. a TAWG (Verstoß gegen die Bestimmungen des 3. Abschnittes des TAWG [Geldstrafe bis EUR 3.600,-]).

Darüber hinaus ist die Bezirksverwaltungsbehörde verpflichtet, Maßnahmen zur Herstellung des gesetzmäßigen Zustandes zu treffen. Im Rahmen eines solchen Auftrages ist es zulässig, die Demontage eines solchen Gerätes anzuordnen.

## 4.

### Anderung des Wählerevidenzgesetzes 1973 und des Europa-Wählerevidenzgesetzes – Pauschalierung Wahlkosten

Mit Bundesgesetz vom 12. August 2003, BGBl. I Nr. 54/2003, betreffend die Änderung der Nationalrats-Wahlordnung 1992, des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971, der Europawahlordnung, des Wählerevidenzgesetzes 1973, des Europa-Wählerevidenzgesetzes, des Volksbegehrensgesetzes 1973, des Volksabstimmungsgesetzes 1972 und des Volksbefragungsgesetzes 1989; wirksam mit 13. August 2003, wurde die Pauschalierung der Wahlkosten eingeführt.

Das Bundesministerium für Inneres hat mit Schreiben vom 11. August 2003, Zl. 45.100/200-III/6/03, zur Änderung des Wählerevidenzgesetzes 1973 und des Europa-Wählerevidenzgesetzes Folgendes mitgeteilt:

Für die bei den Gemeinden im Jahre 2003 für die Führung der Wählerevidenz und der Europa-Wählerevidenz anfallenden Kosten werden Pauschalentschädigungen

geleistet werden. Diese betragen 0,40 € pro zum 31. Dezember Wahlberechtigten (= Wählerevidenz) und ebenfalls 0,40 € pro zum 31. Dezember Wahlberechtigte(n) Unionsbürger(in), der (die) nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt (Europa-Wählerevidenz).

Um in Hinkunft die Kosten der Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz vergüten zu können, benötigt das Bundesministerium für Inneres bis Ende Jänner des Folgejahres die Gesamtzahl der in der Wählerevidenz der Gemeinde eingetragenen Wahlberechtigten sowie die Gesamtzahl der in der Europa-Wählerevidenz der Gemeinde geführten Unionsbürger(innen), die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen. Diese Daten werden nach Erhebung bei den Gemeinden zentral vom Amt der Landesregierung an das Bundesministerium für Inneres gemeldet werden.

#### **Muster für die Meldung an die Abteilung Finanzen des Amtes der Tiroler Landesregierung:**

Gemeinde .....

Bezirk .....

An das  
Amt der Tiroler Landesregierung  
Abteilung Finanzen  
Eduard-Wallnöfer-Platz 3  
6020 Innsbruck

#### **Betreff: Meldung Wählerevidenz und Europa-Wählerevidenz**

1. Gesamtzahl Wahlberechtigte Wählerevidenz  
Stichtag 31. Dezember 2003:

**Anzahl der Wahlberechtigten  
Wählerevidenz:** .....

2. Gesamtzahl Wahlberechtigte Europa-Wählerevidenz (= Gesamtzahl der in der Europa-Wählerevidenz der Gemeinde geführten Unionsbürger(innen), die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.  
Stichtag 31. Dezember 2003:

**Anzahl der Wahlberechtigten  
Europa-Wählerevidenz:** .....

.....  
Datum

.....  
Unterschrift Bürgermeister

## 5.

## Aufkommen an Abgabenertragsanteilen der Gemeinden 2003

Ertragsanteile an	Jänner-Dezember		Differenz	Änderung
	2002	2003		
<b>EINKOMMEN-U. VERMÖGENSTEUERN</b>	<b>in Euro</b>	<b>in Euro</b>	<b>in Euro</b>	<b>in %</b>
Veranlagter Einkommensteuer	31.132.933	24.525.228	-6.607.705	-21,22
Lohnsteuer	154.857.329	161.875.113	7.017.784	4,53
Kapitalertragsteuer	4.598.159	4.582.741	-15.417	-0,34
Kapitalertragsteuer auf Zinsen	21.851.973	21.163.788	-688.185	-3,15
Körperschaftssteuer	49.554.345	42.851.490	-6.702.855	-13,53
Bodenwertabgabe	539.711	618.427	78.716	14,58
<b>SUMME Einkommen- u. Vermögenst.</b>	<b>262.534.450</b>	<b>255.616.787</b>	<b>-6.917.663</b>	<b>-2,63</b>
<b>SONSTIGEN STEUERN</b>				
Umsatzsteuer*	172.998.719	178.137.015	5.138.296	2,97
Abgabe von alkoh. Getränken	2.766	2.719	-47	-1,70
Biersteuer	3.555.919	3.609.342	53.423	1,50
Mineralölsteuer	6.278.527	6.763.811	485.284	7,73
Alkoholst., Branntweinaufschl., Monopolausgl.	1.788.817	1.947.080	158.262	8,85
Weinsteuer	31	0	-31	-100,00
Schaumwein- u. Zwischenerz.Steuer	483.978	440.541	-43.436	-8,97
Werbeabgabe	1.828.823	2.437.321	608.498	33,27
Grunderwerbssteuer	54.979.071	47.535.098	-7.443.973	-13,54
<b>SUMME sonstige Steuern</b>	<b>241.916.650</b>	<b>240.872.928</b>	<b>-1.043.722</b>	<b>-0,43</b>
<b>Verbleiben Ertragsanteile an Einkommen- u.Vermögenst. und sonstigen Steuern</b>	<b>504.451.100</b>	<b>496.489.715</b>	<b>-7.961.385</b>	<b>-1,58</b>
Zuteilung gem. § 12 Abs. 2 FAG	3.473.448	4.099.848	626.400	18,03
<b>Summe ohne Zwischenabrechnung</b>	<b>507.924.548</b>	<b>500.589.563</b>	<b>-7.334.985</b>	<b>-1,44</b>
Zwischenabrechnung**	31.888.241	20.081.790	-11.806.451	-37,02
<b>G E S A M T</b>	<b>539.812.789</b>	<b>520.671.353</b>	<b>-19.141.436</b>	<b>-3,55</b>
<i>*davon Getränkesteuerausgleich</i>	39.776.972	40.958.402	1.181.430	2,97
<i>**davon Getränkesteuerausgleich</i>	5.712.291	5.262.061	-450.230	-7,88
<i>Summe</i>	45.489.263	46.220.463	731.200	1,61



# 7. Finanzdaten der Gemeinden Tirols 2000 bis 2002

Bezirk-Anzahl der Gemeinden	BEZIRKE						INNSBRUCK-STADT						SUMME TIROL					
	2000 (278 G)		2001 (278 G)		2002 (278 G)		2000		2001		2002		2000 (279 G)		2001 (279 G)		2002 (279 G)	
	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW	in Euro	je EW
Einwohnerzahl lt. Volkszählung 1991/2001	513.298		560.112		560.112		118.112		113.392		113.392		631.410		673.504		673.504	
Abgestufte Bevölkerungszahl	707.663		771.766		771.766		275.958		264.581		264.581		993.258		1.036.347		1.036.347	
Finanzkraft FAG 2001	61.241.979		63.992.427		66.565.672		18.186.522		18.750.461		19.397.422		79.428.501		82.742.891		85.963.094	
Ordentliche Einnahmen	923.394.593	1.799	934.219.358	1.794	1.004.878.784	1.794	270.336.879	2.289	277.125.151	2.444	284.314.087	2.331	1.193.731.462	1.799	1.211.344.509	1.799	1.263.192.871	1.884
2 Außerordentliche Einnahmen	187.247.371	365	151.323.154	270	183.064.092	327	59.835.832	507	65.349.375	576	42.050.703	371	247.083.203	391	216.672.529	322	225.134.796	334
3 Gesamteinnahmen	1.110.641.964	2.164	1.085.542.513	1.938	1.187.962.876	2.121	330.172.711	2.795	342.474.525	3.020	306.364.790	2.702	1.440.814.665	2.282	1.428.017.038	2.120	1.488.327.666	2.219
4 Personalaufwand	178.684.339	348	184.667.770	330	189.184.009	338	55.977.040	474	55.525.455	490	55.536.163	490	234.661.379	372	240.193.225	357	244.720.172	363
5 Sachaufwand	694.428.020	1.353	730.765.382	1.305	806.008.706	1.439	211.104.637	1.787	219.675.304	1.937	208.161.854	1.836	905.532.657	1.434	950.460.666	1.411	1.014.170.560	1.506
6 Ordentliche Ausgaben	873.112.359	1.701	915.453.151	1.634	995.192.715	1.777	267.081.677	2.261	275.200.759	2.427	283.898.017	2.326	1.140.194.036	1.806	1.190.653.910	1.768	1.258.890.732	1.869
7 Außerordentliche Ausgaben	181.929.173	354	157.060.457	280	192.747.306	344	59.835.832	507	65.349.375	576	42.050.703	371	241.765.005	383	222.409.831	330	234.798.010	349
8 Gesamtausgaben	1.055.041.533	2.055	1.072.513.608	1.915	1.187.940.022	2.121	326.917.509	2.768	340.550.133	3.003	305.948.720	2.696	1.381.959.042	2.189	1.413.063.741	2.098	1.493.688.742	2.218
von den ordentlichen Einnahmen entfallen auf:																		
9 Grundsteuer A	896.565	2	909.428	2	921.588	2	17.441	0	17.732	0	17.870	0	914.006	1	927.160	1	939.458	1
10 Grundsteuer B	33.487.933	65	35.733.305	64	36.709.286	66	7.905.424	67	7.975.989	70	8.181.888	72	41.393.356	66	43.709.294	65	44.891.175	67
11 Gewerbesteuer	1.409.780	3	856.958	2	-10.080	0	99.489	2	99.489	1	70.536	1	1.654.615	3	956.447	1	60.456	0
12 Lohnsummen-/Kommunalsteuer	102.773.486	200	102.845.796	184	112.314.382	201	35.203.230	298	36.079.373	318	37.025.426	327	137.976.716	219	138.925.169	206	149.339.809	222
13 Getränke- und Speiseeissteuer	17.552.524	34	1.895.816	3	1.213.718	2	4.561.819	39	439.162	4	-58.982	-1	22.114.343	35	2.334.978	3	1.154.735	2
14 Vermögenssteuer	1.388.317	3	1.481.772	3	1.244.383	2	1.949.811	17	2.015.516	18	1.891.123	17	3.338.229	5	3.497.287	5	3.135.506	5
15 Hundesteuer	617.991	1	661.478	1	688.558	1	208.867	2	216.910	2	214.502	2	826.858	2	878.388	1	903.060	1
16 Ankinidungssteuer	374.485	1	-100.132	0	9.283	0	743.765	6	6.161	0	-1.184	0	1.118.250	2	-93.971	0	8.098	0
17 Verbrauchsteuer	3.414.499	7	4.109.250	7	3.820.135	7	5.075.922	43	4.725.168	42	5.034.429	44	8.404.421	13	8.834.418	13	8.854.564	13
18 Verwaltungsausgaben	1.999.089	4	2.536.118	5	3.296.028	6	556.606	5	787.490	7	839.042	7	2.555.695	4	3.323.608	5	4.135.070	6
19 Sonstige Gemeindeerträge	2.136.952	4	2.237.949	4	2.136.952	5	4.933.537	42	6.062.436	53	6.194.152	55	7.070.489	11	8.300.386	12	8.751.053	13
20 Abgaben nach der TBO	23.415.405	46	21.702.506	39	24.009.232	43	4.739.214	40	4.662.035	41	4.614.279	41	26.154.619	45	26.364.541	39	28.623.510	42
21 Summe Eigene Steuern + Int. Beiträge	189.487.026	368	174.870.245	312	186.773.414	333	66.140.570	560	63.087.462	556	64.023.080	565	255.607.597	455	237.957.708	353	250.796.494	372
22 Abgabentragsanteile 1)	293.200.221	571	334.634.201	597	359.754.819	642	113.856.021	964	122.529.814	1.081	115.439.814	1.018	407.056.242	645	457.164.015	679	475.193.838	706
23 Su. Eig. Steuern+Int.Beiträge+AEA	482.687.247	940	509.504.446	910	546.528.233	976	179.996.591	1.524	185.617.276	1.637	179.462.089	1.583	662.663.838	1.049	695.121.722	1.032	725.990.332	1.078
in % der ordentlichen Einnahmen	52,27%		54,54%		54,39%		66,58%		66,98%		67,90%		55,51%		57,38%		57,20%	
24 Benützungsböhen nach dem FAG	114.989.789	224	110.392.288	197	120.529.326	215	27.970.248	237	24.091.481	212	17.662.349	156	142.960.037	226	134.483.769	200	138.191.675	205
25 Bedarfszuweisungen 2)	47.333.997	92	51.943.998	93	53.553.469	96	9.969.259	84	7.723.378	68	10.938.233	96	57.303.256	91	59.667.376	89	64.491.702	96
26 Summe Zeilen 23 bis 25	644.991.034	1.257	671.840.732	1.199	720.611.028	1.287	217.936.098	1.845	217.432.134	1.918	208.062.681	1.835	862.927.132	1.367	889.272.867	1.320	928.673.709	1.379
Sonstige Daten:																		
27 Rücklagenstand	99.004.455	193	98.889.632	177	98.322.174	176	48.498.943	411	33.565.547	296	32.861.262	288	147.503.397	234	132.455.179	197	130.983.436	194
28 Darlehensforderungen	6.538.448	13	7.911.601	14	10.912.987	19	64.082.396	543	54.687.034	482	44.502.037	392	70.620.844	112	62.598.635	93	55.415.024	82
29 Schuldenzinsen	25.057.351	50	25.950.748	50	23.290.229	48	2.336.858	23	1.962.064	18	1.537.675	14	27.394.208	27	27.912.811	27	24.827.905	23
30 Schuldentilgung ohne Betriebe	39.248.708	76	38.826.842	69	43.236.989	77	10.792.279	91	8.085.216	71	6.331.142	56	50.040.987	79	46.912.059	70	49.568.130	74
31 Schuldenstand	683.952.557	1.332	702.739.011	1.255	701.867.481	1.253	45.319.742	384	37.530.834	331	33.946.992	299	729.272.299	1.155	740.269.845	1.099	735.814.472	1.093
32 Erwerb bewegliches Vermögen	23.776.080	47	21.966.730	41	25.311.958	45	4.311.825	23	5.237.987	18	6.367.368	14	28.087.905	20	27.224.697	19	31.879.316	16
33 Erwerb unbewegliches Vermögen	189.889.610	374	163.201.544	312	204.006.926	341	15.145.237	106	17.668.990	106	22.438.916	106	205.034.847	106	186.860.534	106	226.445.842	106
34 Kapitaltransferzahlungen	41.978.591	83	34.413.494	70	40.032.186	70	19.124.510	39	33.263.156	33	18.609.842	26	61.103.101	61	67.676.649	58	58.642.028	58
35 Vermögen (Su. Zeilen 32-34)	255.644.281	498	225.601.767	403	269.351.070	481	38.561.572	327	35.160.113	495	47.616.116	420	294.225.853	466	281.761.880	418	316.967.186	471
36 Zuführung an Rücklagen	26.590.554	53	35.544.647	53	29.016.697	53	24.394.018	106	9.515.563	71	9.646.023	71	50.994.572	50	45.060.209	48	38.664.720	48
37 Zuführung an a.o. Haushalt	40.751.437	81	40.287.276	78	44.119.763	81	14.747.862	71	18.533.971	68	5.650.000	68	56.499.299	68	58.821.247	68	49.969.763	68
38 Darlehensaufnahmen	73.647.086	145	58.403.014	125	56.375.555	125	6.122.468	31	310.604	31	2.147.300	31	79.789.554	31	58.713.618	31	59.122.855	31
39 Zahl der Beamten	374		357		346		460		433		434		834		790		758	
40 Zahl der sonstigen ständig Bediensteten	5.380		5.397		5.491		1.156		1.147		1.152		6.536		6.544		6.643	
41 Summe ständig Bedienstete	5.754		5.754		5.837		1.616		1.580		1.584		7.370		7.334		7.401	

Anmerkung: 1) mit Spielbankabgabe Seefeld i. T., Kitzbühel, Innsbruck-Stadt; 2) lt. Aufzeichnung der Abt. Gemeindegangeheiten (inkl. BDZW für Kat-Schäden + Abwasserbeseitigung); 3) Zeilen Nr. 32 bis 35 Änderung gegenüber Vorjahr

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR NOVEMBER 2003**  
(vorläufiges Ergebnis)

	Oktober 2003 (endgültig)	November 2003 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	106,1	106,3
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	111,6	111,8
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	146,0	146,3
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	226,9	227,4
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	398,3	399,1
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	507,5	508,4
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	509,1	510,0

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat November 2003 beträgt 106,3 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber September 2003 (106,1 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (Oktober 2003 gegenüber September 2003: - 0,2%). Gegenüber November 2002 ergibt sich eine Steigerung um 1,3% (Oktober 2003/2002: +1,0%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck